
Buchbesprechungen

Richard Stöss: Die „Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist, Bund-Verlag, Köln 1990, 178 S., 12,80 DM

Zur Zeit werden alle anderen politischen Themen von den deutsch-deutschen Entwicklungen überdeckt. Davon betroffen ist auch die Partei des neuen Rechtsextremismus, Schönhubers „Republikaner“, die noch vor einem guten Jahr im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen. Heute geht die geringe Medienbeachtung mit Wahlergebnissen einher, die weit unter den Erwartungen der Partei liegen. Die „Republikaner“ schaffen es nicht, auf den anfahrenden „Volk“- und „Nation“-Zug aufzuspringen und ihm Richtung zu geben. Damit wurde (bisher) ein politisch explosives Gemisch verhindert, als mögliche politische Option bleibt eine Entwicklung zum Rechtsextremismus hin indessen nach wie vor offen und schon dies erfordert weiterhin Aufmerksamkeit für die Schönhuber-Partei.

Über die „Republikaner“ ist nach ihren Wahlerfolgen im letzten Jahr viel geschrieben worden, publizistische „Schnellschüsse“ (Hirsch, Leggewie) und analytische Plattheiten (Kühnl) bestimmten dabei weitgehend das Bild der Neuerscheinungen. Eine übersichtliche Gesamtdarstellung zum Thema fehlte dagegen. Diese Lücke hat der renommierte Parteienforscher Richard Stöss mit einem neuen Buch geschlossen, das auf seiner zuvor erschienenen Arbeit „Die extreme Rechte in der Bundesrepublik“ (Opladen 1989) aufbaut. In dem bereits in einer zweiten, erweiterten Auflage vorliegenden Band „Die Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist,“ behandelt Stöss die im Untertitel genannten Fragen in vier Kapiteln: Entstehung und Entwicklung der Partei, Programmatik und Ziele, Anhänger und Erfolgsursachen sowie Maßnahmen gegen die „Republikaner“. Der Anhang enthält neben einem ausführlichen Lite-

raturverzeichnis eine Dokumentation mit Stellungnahmen aus gewerkschaftlicher Sicht.

Erstmals wird in diesem Buch die Parteilgeschichte der „Republikaner“ ausführlicher behandelt. Stöss weist nicht nur auf die ständigen inneren Machtkämpfe hin, er skizziert auch die ursprünglich damit verbundenen Auseinandersetzungen zwischen dem Handlos- und Schönhuber-Flügel, die mit der Durchsetzung der extremen Rechten gegenüber der rechtskonservativen Option endeten. Zu Schönhubers politischen Standort stellt der Autor fest: „Er ist heute zwar kein überzeugter Nazi, aber er ist auch kein überzeugter Demokrat. In seinen Reden und Schriften wird immer wieder deutlich, daß er diese Ordnung innerlich zutiefst ablehnt.“ Bei der Darstellung der Programmatik und Ziele der REPs zeigt Stöss, daß die Partei von nationalem Größenwahn, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Demokratie- und Frauenfeindschaft geprägt ist. Von den lediglich verbalen Abgrenzungen zu den Parteien des älteren Rechtsextremismus läßt er sich nicht täuschen und bezeichnet die Schönhuber-Partei als rechtsextrem, womit Stöss allerdings seine frühere Ablehnung des Extremismusbegriffs zugunsten der Unterscheidung antidemokratisch/antikapitalistisch aufgibt. Eine Auseinandersetzung mit dem erst nach Drucklegung der ersten Auflage verabschiedeten neuen Parteiprogramm der Republikaner findet sich nur in einigen Anmerkungen zum Nachwort der zweiten Auflage.

Bei seiner Analyse des Wählerpotentials unterscheidet der Autor politische und sozialökonomische Gesichtspunkte. Politisch gelten ihm die Anhänger der Schönhuber-Partei als betont autoritärkonservativ und als antidemokratisch. Sozialökonomisch sieht Stöss die „Republikaner“ als Partei der „Modernisierungsverlierer“, wobei er im Unterschied zu anderen Autoren differenzierend von

einer relativen und nicht von einer absoluten Deprivation spricht. Wie die beiden Gesichtspunkte miteinander verbunden sind, bleibt jedoch unklar, hier liegt ein analytisches Defizit vor.

Die zu ergreifenden Maßnahmen gegen die „Republikaner“ werden von Stöss im letzten Kapitel zu knapp und zum Teil auch oberflächlich behandelt. Zurecht weist er allerdings auf die allzu einfache Kritik, die mit „Nazis raus!“-Parolen arbeitet, hin und fordert statt dessen „die inhaltliche und politische Auseinandersetzung mit den Republikanern (. . .), um die ‚Modernisierungsverlierer‘ und ‚Wohlstands-Chauvinisten‘ davon zu überzeugen, daß ihre Probleme nicht von der Schönhuber-Partei, sondern allein auf dem Wege einer solidarischen Interessenvertretung aller Arbeitnehmer gelöst werden können“. Vorschläge, wie dies in Anbetracht der gegenwärtigen Situation konkret aussehen könnte, macht Stöss indessen nur andeutungsweise. Mit diesem Problem sieht sich aber nicht nur der Autor konfrontiert, es handelt sich um eine Herausforderung für alle demokratischen Kräfte.

Armin Pfahl-Traugber,
Bad Endbach

Wolfgang Schröder: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Bund-Verlag, Köln 1990, 444 S., 39,80 DM

Zwischen der Einheitsgewerkschaft und dem organisierten Katholizismus in Form der Amtskirche und des Verbandskatholizismus herrscht in der Nachkriegszeit von den Funktionsgruppen beider Seiten her ein spannungsreiches Verhältnis, das von gegenseitiger ideologisch geprägter Abneigung und auch von schlichter Unkenntnis bestimmt war. Ansatz zur Auseinandersetzung und Kritik boten die Politik, die Struktur und auch das Selbstverständnis der Einheitsgewerkschaft.

Wolfgang Schröder untersucht in seiner Veröffentlichung die Beziehungen zwischen den genannten Gruppierungen im Zeitraum von 1945 bis 1960. Die analytische Annäherung an die komplexen Probleme erfolgt in Form von Interviews mit führenden katholischen Repräsentanten, sowohl Priestern wie Laien, Verbandsfunktionären und Gewerkschaftern. Die Liste der Befragten umfaßt 17 Persönlichkeiten und liest sich wie das „Who is who“ im Bereich der christlichen Soziallehre in der Nachkriegszeit. Die Organisationen, in denen sie tätig waren, werden zunächst in ihrem Selbstverständnis und ihrer Struktur nach kurz vorgestellt. Dieses Schema konnte jedoch nicht einheitlich durchgehalten werden. Die Sozialausschüsse (CDA), die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) und die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) lassen sich leicht in diese Systematik einordnen. Schwieriger wird es mit der christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB, den christlich-sozialen Funktionären in führenden DGB-Positionen oder gar dem Jesuitenorden als der sogenannten „17. Gewerkschaft“. Das trifft auch auf die Einordnung von Walter Dirks, Theo Pirker und Alfred Hörne als „links-katholische Partisanen“ zu. Andererseits wird der Charakter ihrer Arbeit zum Teil mit dieser Bezeichnung treffend beschrieben. Den Interviews werden einleitende Analysen über die Politik der einzelnen katholischen Gruppen vorangestellt. Neben den genannten „Partisanen“ führte Schröder Interviews mit Bernhard Tacke, Maria Weber, Adolf Müller, Rudi Nickels, Franz Heckhausen, Hermann Pieperhoff, Hans Katzer, Bernhard Winkelheide, Heiner Budde, Josef Hofmeister, Georg Ruhmüller, Oswald von Nell-Breuning, Franz Prinz und Hermann-Josef Wallraff. Der Leser erfährt eine Fülle von Informationen, die bisher einer breiten Öffentlichkeit unbekannt waren. Wolfgang Schröder kritisiert in diesem Zusammenhang zu Recht, daß in der bisherigen Gewerkschaftshistoriographie „die Geschichte der katholischen Arbeiter und Gewerkschaftspolitik bestenfalls in einigen Nebensätzen“ auftaucht. Seine

Veröffentlichung ist ein Beitrag zur Verbesserung der Kenntnisse über diese Zeit und über die katholische Gewerkschaftspolitik.

Stichwortartig sollen einige Themen genannt werden, über die in den Interviews gesprochen wird: Obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg die Einheitsgewerkschaft anstelle der Richtungsgewerkschaften gegründet wurde, war damit innerhalb des deutschen Katholizismus die gewerkschaftliche Organisationsdebatte nicht abgeschlossen. Von den Funktionseliten des deutschen Katholizismus wurde die Einheitsgewerkschaft wegen ihrer politisch-programmatischen Nähe zur SPD als eine Gefahr für die Kirchentreu der katholischen Arbeiterschaft sowie für den Fortbestand der christlich-sozialen Tradition angesehen. Andererseits knüpften viele katholische Arbeiter an die Überwindung der gewerkschaftlichen Spaltung die Hoffnung, daß die deutsche Arbeiterschaft nunmehr eine starke politische Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen könnte. Wolfgang Schröder dokumentiert die Erfahrungen und Einschätzungen der historischen Akteure und analysiert die verschiedenen katholischen Orientierungen und Gruppierungen. In den Gesprächen werden die biographischen, institutionellen und ideengeschichtlichen Hintergründe, die maßgeblich für beziehungsweise gegen eine Mitarbeit im DGB wirkten, zur Sprache gebracht.

Die Veröffentlichung von Wolfgang Schröder ist ein nützliches Nachschlagewerk für Gewerkschafter, Journalisten und Politiker, die sich mit der Programmatik und der politischen Praxis der Einheitsgewerkschaft beschäftigen. Fast nebenbei wird der Leser zudem mit der gesellschaftlichen Bedeutung der katholischen Kirche konfrontiert und auf ihre Macht und Ohnmacht in der bundesrepublikanischen Gesellschaft hingewiesen.

Kurt T. Schmitz,
Frankfurt/M.

Kurt Nemitz: Anna Nemitz. Blätter der Erinnerung, Sozialpädagogisches Institut Berlin 1988, 152 S., 15,00 DM

Die „rote Großmutter“, Anna Nemitz, hat ihrem Enkel Kurt nach dem Krieg aus ihrem Leben erzählt, von ihrer Tätigkeit für die sozialistische Bewegung, von seinem Vater Dr. Julius Moses, der - Arzt, Jude, Sozialdemokrat — 74jährig, von den Nationalsozialisten 1942 nach Theresienstadt verschleppt wurde und dort starb. Der Vater hat seinerseits 1938 für seinen Sohn Erinnerungen an die Freundin und Kollegin, die Mutter seiner Lebensgefährtin Elfriede Nemitz, die Großmutter seiner Kinder, aufgezeichnet. Kurt Nemitz, der auch die Nachlässe von Anna Nemitz und Julius Moses verwaltet, hat seine Herkunft stets auch als Aufgabe begriffen. Erinnern an die, die ihn prägten, heißt für ihn, andere „Orientierungspunkte für den Weg in die Zukunft“ aufzuzeigen. Erinnern an Anna Nemitz heißt für ihn, das Ungewöhnliche ihrer Biographie als Arbeiterfrau und Sozialistin zu verdeutlichen.

Wer war diese Frau? Anna Nemitz wurde am 3. Januar 1873 als zweites Kind einer katholischen Arbeiterfamilie in Bromberg geboren. Armut und bitterste Not waren die Begleiter der Kindheit und Jugend. Mit 19 Jahren heiratete sie Carl Nemitz, noch im selben Jahr wurde der Sohn Arthur geboren, Elfriede und Paul folgten. Der Lohn des Marmorschleifers Carl Nemitz reichte nicht: Anna sicherte den notwendigen Lebensunterhalt durch Nähen.

Carl war Sozialdemokrat, ging zu Versammlungen. Seiner Frau war dies eher suspekt - nicht selten kam der Mann spät und auch angetrunken nach Hause. Einmal ging sie ihm nach: andere Frauen waren da, schüchtern, in Ecken oder hinter Pfeilern sitzend. Doch das, was dort geredet wurde, faszinierte die junge Frau. Von da an engagierte sie sich ebenfalls für die Sozialdemokratie. Sie wurde bald Vertrauensperson der Leserinnen der „Gleichheit“ - das Vereinsgesetz verbot den Frauen, sich politisch zu organisieren.

Anna war eine außerordentlich mutige Frau: Als ihr Mann, gemeinsam mit anderen bei der Vorbereitung des „Roten Sonntags“, einer Agitation für das gleiche und geheime Wahlrecht, verhaftet wurde, hielt es sie bei der Protestversammlung nicht länger in den „Frauennischen“. Sie hielt eine flammende Rede gegen die Übergriffe der Polizei. An diesem Tag begann die politische Karriere dieser ungewöhnlich mutigen, energischen und eigenwilligen Frau, die Anna Nemitz, mit einer naturwüchsigen rhetorischen Begabung ausgezeichnet, bis in den Reichstag und in den Vorstand der Arbeiterwohlfahrt führen sollte. Die Familie ging kurze Zeit später, da Carl Nemitz wegen seiner Verhaftung und der Aktivitäten seiner Frau entlassen wurde und keine Arbeit mehr in Bromberg fand, in den Schmelztiegel des Deutschen Reichs, das Ruhrgebiet.

Kurt Nemitz reiht kleine Skizzen zu den einzelnen Stationen aneinander. Dabei entsteht das Bild einer warmen, mutigen Frau, die als Proletarierin die Nöte der Arbeiterfamilien kennt und helfen will. Zu denen, die mit ihr kämpften, knüpfte sie lange intensive Freundschaften, zu Marie Juchacz, zu Louise Schroeder, zu Artur Crispian - im Krieg wurde Anna Nemitz zur glühenden Pazifistin und trat der USPD bei -, zu Julius Moses. Auch diese Freunde und Weggefährten schildert Kurt Nemitz, der sich nie nur auf seine Erinnerung und die Gespräche verläßt, sondern andere Quellen, wie die Protokolle der Konferenzen und des Reichstags heranzieht. Anna Nemitz „überwin-

terte“ wie viele andere in Berlin, Julius Moses hatte sich von der Familie zurückgezogen, um sie nicht zu gefährden. Anna Nemitz mußte nicht nur die Deportation und den Tod dieses Freundes verkraften, ihr eigener Sohn beging 1938 Selbstmord. 1946, 73 Jahre alt, stellte Anna Nemitz sich wieder zur Verfügung. In ihrem Wohnort Köpenick kandidierte sie für die SPD für die Stadtverordnetenversammlung und wurde gewählt. Die Teilung der Stadt überschattete ihren letzten Lebensabschnitt: Sie starb im Alter von 89 Jahren in Köpenick, in Ostberlin. Einen Monat später wurde sie in Zehlendorf (West) beigesetzt.

Kurt Nemitz hat dieses Porträt seiner Großmutter in politisch-pädagogischer Absicht geschrieben. Die tiefe Zuneigung des Enkels spricht aus allen Zeilen, es ist aber keine blinde, gläubige Verehrung gegenüber der „roten Großmutter“. Kurt Nemitz konfrontiert die Gespräche und Erinnerungen mit anderen Quellen und reichert das Gehörte mit Informationen über historische Ereignisse an. So ist dabei auch eine kleine wissenschaftliche Skizze herausgekommen, die anregen sollte, über andere unbekanntere Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zu berichten, sie dem Vergessen zu entreißen. Die Lebensgeschichte von Anna Nemitz, ihre Leidenschaft und Beharrlichkeit jedenfalls können auch heute noch Frauen und Männern Mut machen, sich den aktuellen Auseinandersetzungen zu stellen.

Inge Marßolek,
Bremen